Mitteilungen

Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum

Heft 46 / Oktober 2013 - ISSN 1610-6415

www.hessische-akademie.de

Peter H. Niederelz
- HORIZON - das neue EU - Forschungsrahmenprogramm
- (Macht) Geld (macht) glücklich ? ! **S. 3**

Peter Nissen
Die DemografieAgentur des Landkreises Kassel **S. 5**

Hartmut Bock
Tagungsbericht: Zukunft der Dorfentwicklung in Hessen **S. 7**

Dipl.-Ing. Sonja Dieckmann
Die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume im Fokus des 2. Darmstädter Ingenieurkongress Umwelt und Bau **S. 12**

Andreas Dinges
„Was lange währt, wird gut!“ Bericht des Caldener Bürgermeisters zur Eröffnung des neuen Flughafens Kassel-Calden in 2013 **S. 13**

Dipl.-Geogr. Florian Warburg, Dr. Petra Engel, Sabrina Erlwein, Oliver Fischer, Janine Fleischhacker, Martin Prikryl, David Puhl und Sarah Renner
Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen Hessens - Ergebnisse einer Untersuchung der Marburger Außenstadtteile **S. 15**

HORIZON - das neue EU Forschungsrahmenprogramm

Peter H. Niederelz

Ende 2013 läuft das derzeitige EU-Forschungsrahmenprogramm aus. Für die Laufzeit von 2014 bis 2020 soll es von dem Nachfolgeprogramm mit dem vielsagenden Namen HORIZON 2020 abgelöst werden. Am 30. November 2011 hatte die EU-Kommission ihren Vorschlag für dieses Programm dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Rat der Regionen mitgeteilt. Vor allem das Parlament, aber auch die nationalen Regierungen über den Rat haben inzwischen Stellungnahmen eingebracht. Nachdem nun auch der mittelfristige Haushaltsvorschlag der Kommission vorliegt, werden die endgültigen Konturen von HORIZON 2020 langsam sichtbar. Daher sind all jene, die sich daran beteiligen wollen, gut beraten, wenn sie sich jetzt darauf konkret vorbereiten. Es geht alles in allem um rund 80 Milliarden € für die Laufzeit der sieben Jahre. Die genaue Summe und Aufteilung wird erst feststehen, wenn der EU-Haushalt für 2014 gegen Ende des Jahres konkret beschlossen worden ist. Auf jeden Fall lohnt sich eine Beteiligung natürlich für wissenschaftlich tätige Einrichtungen aber auch für Unternehmen, ob große und größere oder kleine und mittlere (KMU). Nach den Erfahrungen aus den bisher insgesamt sieben EU-Forschungsrahmenprogrammen sind die Beteiligungsregeln für HORIZON 2020 in wesentlichen Punkten vereinfacht worden.

Die Einbindung in die Strategie Europa 2020

Die EU ist eine Erfolgsgeschichte. Sie ist heute der mit Abstand größte Wirtschaftsraum der Welt vor den USA. In ihr herrscht seit 68 Jahren Frieden,und sie ist um Stabilität und soziale Gerechtigkeit bemüht. Mit der Aufnahme Kroatiens am 01. Juli 2013 gehören ihr 507 Millionen Menschen an. Seit der Finanzkrise seit 2008 die in einigen Mitgliedsländern besser bewältigt werden konnte, als in anderen, sieht die EU neben der Sanierung der Staatsfinanzen ihre Aufgabe zurecht darin, die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas langfristig zu gewährleisten. Intelligente ,zukunftsorientierte Investitionen in Forschung und Innovation sind dafür das Fundament, um unseren hohen Lebensstandard zu erhalten und zu festigen und gleichzeitig drängende gesellschaftliche Herausforderungen wie demographischer Wandel, Energieversorgung, Mobilität, Klimawandel und Gesundheit zu bewältigen. In engem Zusammenhang mit der Strategie 2020 steht der neue Begriff „Innovationsunion“.
Die EU ist in vielen Technologien weltweit führend, sieht sich jedoch der wachsenden Konkurrenz sowohl durch die traditionellen Wirtschaftsmächte als auch durch die Schwellenländer ausgesetzt. Gut ist nicht gut genug. Es geht um exzellent und schnell. Um das Ziel von Europa 2020, der Sicherung eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums zu erreichen, ist es erforderlich, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) auf 3 % des BIP zu erhöhen. Das soll die Bedeutung der Innovationsunion unterstreichen. HORIZON 2020 ist dafür der wichtigste Pfeiler. Die EU hat das Ziel, ihre wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen dadurch zu stärken, dass ein europäischer Raum für Forschung und Entwicklung geschaffen wird, um auch dadurch ihre Wettbewerbsfähigkeit einschließlich der ihrer Industrie zu fördern, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können. Dadurch kann Europa in einer Welt mit veränderten wirtschaftlichen und politischen Kräfteverhältnissen im Führungsfeld bleiben und die Gefahr vermeiden, dass seine Menschen über kurz oder lang nach der Pfeife anderer zu tanzen hätten.

Herausragende Themen

Auf welchen Feldern lohnen sich die Anstrengungen am ehesten? In Europa aber auch weltweit steigt der Bedarf an Produkten und Dienstleistungen in folgenden Bereichen:
- Gesundheit, demographischer Wandel und Wohlergehen: Ziel ist die Verbesserung der lebenslangen Gesundheit und dem Wohlergehen aller.
- Ernährungs- und Lebensmittelsicherheit, nachhaltige Landwirtschaft, marine und maritime Forschung und Biowirtschaft: Ziel ist hier die Sicherstellung der Versorgung mit gesunden Nahrungsmitteln in Europa und nach Möglichkeit weltweit.
- sichere, saubere und effiziente Energie: Ziel ist die Schaffung eines zuverlässigen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Energieversorgungssystems angesichts der immer größeren Ressourcenknappheit, des steigenden Energiebedarfs und des Klimawandels.
- intelligenter, umweltfreundlicher und integrierter Verkehr: Ziel ist ein ressourcenschonendes, umweltfreundliches, sicheres und nahtloses europäisches Verkehrssystem zum Nutzen der Bürger, der Wirtschaft und der Gesellschaft.
- Klimaschutz, Ressourceneffizienz und Rohstoffe: Ziel ist die Verwirklichung einer Wirtschaft, die die Ressourcen schont, gegen den Klimawandel gewappnet ist und eine nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen gewährleistet.
- integrative und sichere Gesellschaft: Ziel ist die Förderung integrativer, innovativer und sicherer

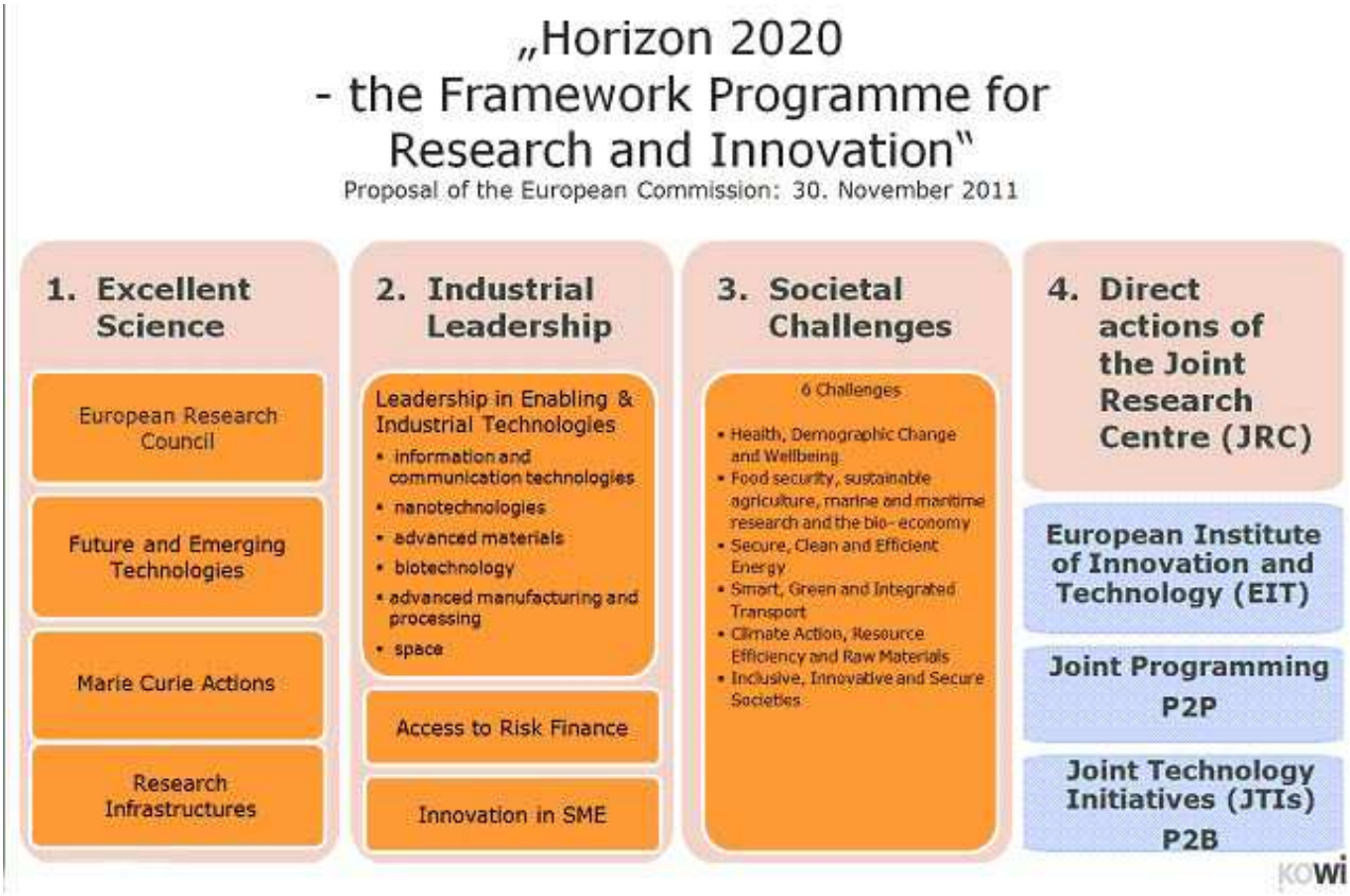
europäischer Gesellschaften vor dem Hintergrund eines beispiellosen Wandels z.B. durch Zu- und Abwanderung und globaler Interdependenzen.
- Biotechnologie, Gefördert werden wettbewerbsfähige, nachhaltige und innovative Industrieprodukte und Verfahren mit deren Beitrag als Innovationsmotor für andere europäische Sektoren wie Landwirtschaft, Lebensmittel, Chemie und Gesundheit.
- Nanotechnologie: Ziel ist die Sicherung der Führungsrolle der EU auf diesem durch hohe Wachstumsraten gekennzeichneten Weltmarkt (Volumen 2020: geschätzt 2 Billionen € und bis zu 6 Millionen Arbeitsplätze).

(weiter-) entwickeln. Aus dem Grund folgt ihnen HORIZON 2020 in seiner thematischen Struktur. Für Antragsteller ist es sehr wichtig, dass ihre Thermen in diesen Rahmen passen.

Struktur des Programms

Eine gute Übersicht über die Programmstruktur von HORIZON 2020 hat die Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KOWI) erstellt. Sie gliedert sich in vier Teile:

I Exzellente Wissenschaft (Mittel : 24 Milliarden €)
II Industrielle Führung (Mittel : 18 Milliarden €)



- fortgeschrittene Werkstoffe, Werkstoffe mit neuen Funktionalitäten und verbesserter Leistung sollen neue wettbewerbsfähige Produkte mit möglichst geringen schädlichen Umweltauswirkungen und geringem Ressourcenverbrauch hervorbringen.
- Weltraumtechnologie, Beabsichtigt ist die Förderung einer wettbewerbsfähigen und innovativen Raumfahrtindustrie und Raumfahrtforschungsgemeinschaft.
- Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT).
Entsprechend der Digitalen Agenda für Europa sollen alle Möglichkeiten aus dem IKT-Fortschritt zum Nutzen von Bürgern, Unternehmen und Wissenschaft ausgeschöpft werden. Auf diesen Themenfeldern lassen sich zukunftsträchtige Schlüsseltechnologien

III Gesellschaftliche Herausforderungen (Mittel: 32 Milliarden €)
IV Nicht – nukleare direkte Aktionen der gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) (Mittel: 6 Milliarden €)

Die Mittelaufteilung kann im Moment nur als vorläufig betrachtet werden, da die Haushaltsberatungen noch andauern.
Als im Verlaufe der Verhandlungen Budgetsenkungen drohten, haben sich zahlreiche hochrangige Wissenschaftler, darunter 14 Nobelpreisträger, dagegen ausgesprochen. Ihre Initiative wird bis jetzt (Juni 2013) durch gut 120.000 Unterschriften (auch meine) unterstützt. Auch der Verband der Europäischen Wissenschaftsjournalisten

und –publizisten EUSJA gehört dazu. Sie wollen nicht, dass die kommenden EU-Haushalte wieder einseitig für Agrarsubventionen ausgegeben werden und das Geld für die zukunftssichernde Forschungs- und Innovationsförderung fehlt. Gegenwärtig kann ein Schafhalter in der EU durch direkte Netto-Zahlungen an ihn aus EU-Steuermitteln mehr verdienen, als ein Diplom-Chemiker oder Diplom-Ingenieur.

Für Antragsteller, die Fördermittel für ihre Forschungsprojekte beantragen, sind die Bereiche II und III am wichtigsten.

Wer kann sich beteiligen?

Wie bei den Vorläuferprogrammen ist für eine aussichtsreiche Beantragung die Zusammenarbeit von mindestens drei Partnern aus drei EU-Mitgliedsländern oder aus mit der EU assoziierten Ländern in sogenannten Verbundforschungsprojekten erforderlich. Die Erfahrung lehrt, dass es besser ist, wenn es mehr sind. Jetzt kommt es darauf an, seine internationalen Kontakte zu nutzen und dahingehend zu überprüfen, ob sich in deren Rahmen Forschungskooperationen bilden ließen. Ist dies der Fall, wäre der nächste Schritt die Erarbeitung einer Projektskizze, mit deren Hilfe schon einmal „vorgefühlt“ werden kann, ob Aussicht auf Erfolg besteht. Dann gilt es, die einzelnen Programm-auschreibungen abzuwarten, die ab Anfang 2014 veröffentlicht werden und sich möglichst genau an deren Vorgaben zu halten. Sie sind, wie alle Dokumente, leicht online zu finden. Einzelförderungen sind auch möglich, aber nur in den Programmbereichen „Innovation in SME“ (Besonderes Förderinstrument für KMU), bei Beteiligungen an Aktionen des Europäischen Forschungsrates (European Research Council, ERC) und bei Marie Curie Actions (in erster Linie Stipendien). Bei der Verbundforschung legen die Entscheider bei der Kommission Wert darauf, dass dauerhafte Verbünde über längere Zeit zusammenarbeiten. Unter den Partnern übernimmt einer die Koordination und bekommt dafür besondere Mittel. Diese Rolle ist am ehesten für Wissenschaftsorganisationen mit entsprechender Infrastruktur geeignet. Eine Vereinfachung gegen-über dem Vorläuferprogramm betrifft die Förderquoten. Die Standardoption sieht eine einheit-liche maximale Förderquote von 100% der gesamten erstattungsfähigen Kosten je Projekt vor. Projekte mit überwiegend marktnahen Aktivitäten (z.B. Demonstrationsaktivitäten) sollen mit max. 70 % der Kosten gefördert werden. Diese Förderquote gilt auch für Maßnahmen zur Kofinanzierung von internationalen, intersektoralen und interdiszi-plinierten Förderprogrammen, die nicht von der EU implementiert werden. Einzelne Ausschreibungen können auch Förderungen durch Pauschalbeträge oder Stückkostensätze vorsehen. Von den indirekte Kosten sollen 20% aus EU-Mitteln gedeckt werden Keine Kosten können für die Vergabe von Unteraufträgen an Dritte geltend gemacht werden. Die Dokumentationspflichten werden gegenüber dem Vorläuferprogramm vereinfacht. Insgesamt soll die Beteiligung erleichtert werden. So hoch sind die Hürden ohnehin nicht. Ich kenne Antragsteller mit einer Erfolgsquote von 90 Prozent.

Hilfen bei der Antragstellung

Die Erfahrung lehrt, dass der direkte Kontakt mit den EU-Dienststellen und die genaue Beachtung der Vorgaben in den Programmausschreibungen am zielführendsten sind. Abzuraten ist von der Suche nach Unterstützung bei privaten Beratungsanbietern, die mit hohem Aufwand und Kosten zunächst mit allen Angaben gefüttert werden müssen, und die dann nichts bewirken.
Direkt bei der EU-Kommission finden sich alle Angaben unter http://ec.europa.eu/horizon2020. Unter den nationalen Stellen in Deutschland ist an erster Stelle das Bundesministerium für Bildung und Forschung (www.bmbf.bund.de) mit seiner nationalen Kontaktstelle für das Europäische Forschungsrahmenprogramm (NKS) (www.-forschungsrahmenprogramm.de) zu nennen. Dann gibt es das Enterprise Europe Network (EEN) www.een.de. Auch die Bundesländer bieten jeweils Unterstützung an, wobei die Frage ist, ob so viel teurer Föderalismus im Internet-Zeitalter effizient ist. In Hessen z.B. werden Antragsteller auch vom dortigen EEN www.een-hessen.de beraten.
Europas Strategie zur Behauptung seiner Position in der Welt ist die eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums. Dafür ist HORIZON 2020 eine tragende Säule. Und was passiert nach 2020? Halten wir es mit Udo Lindenberg und seinem bekannten Song „Und hinterm Horizont geht’s weiter!“

(Macht) Geld (macht) glücklich ? !

Wie sich eine gerechte Entlohnung auf die Arbeitszufriedenheit auswirkt

Peter H. Niederelz

In einer Reihe von neueren wissenschaftlichen Untersuchungen wird der Frage nach dem Zu-sammenhang von Entlohnung und Arbeitszu-friedenheit nachgegangen. Seit Mitte der 1980er-Jahre nimmt die Arbeitszufriedenheit in Deutschland

ab. Inwieweit hängt dies mit der Entlohnung zusammen? Welche Faktoren gibt es noch?

Rund zwei Drittel der Berufstätigen sagen nach einer aktuellen Umfrage von TNS Emnid, dass für sie die Vergütung entscheidend sei. Jeder Zweite führt an, dass ihr oder ihm die Wertschätzung der geleisteten Arbeit auch wichtig sei. 48 Prozent legen Wert auf eine klare Aufgabenverteilung .Jedem Dritten sind auch flexible Arbeitszeitmodelle wichtig. 25 Prozent achten auf die Sozialleistungen des Arbeitgebers. Am Max-Planck-Institut für Ökonomik in Jena untersuchen Forscher um Martin Binder, welche Rolle Beschäftigungsformen und Gesundheitszustand bei der Arbeitszufriedenheit spielen. Sie weiten den Begriff der Arbeitszufriedenheit berechtigt bis hin zur Lebenszufriedenheit aus. Oft haben Ökonomen den Fortschritt einer Gesellschaft anhand des Einkommens bemessen. „ Die Lebenszufriedenheit sollte aber auch berücksichtigt werden," sagt Martin Binder. (1)

In dem kleinen Himalaya-Staat Bhutan steht die Lebenszufriedenheit als oberstes Ziel für seine Bürger sogar in der Verfassung. Geht es also überhaupt nicht um Geld? Doch. Es gibt Arbeitnehmer, die freiwillig von einer besser bezahlten Stelle zu einer mit weniger Lohn wechseln, weil sie die Arbeit dort mehr erfüllt. Es gibt Grenzen, und es hängt von der Höhe der individuellen materiellen Bedürfnisse ab. Nicht ohne Grund gibt es bei uns die Armutsgrenze, die bei 60 Prozent des durchschnittlichen Nettoeinkommens liegt. Viele im Niedriglohnbereich, in unfreiwilliger Teilzeitarbeit oder bei Leiharbeit liegen darunter. Da bedarf es keiner wissenschaftlichen Untersuchungen um herauszufinden, ob hier die Entlohnung eine hohe Bedeutung für die Arbeitszufriedenheit hat. Dies liegt auf der Hand. Die weiteren Faktoren gewinnen erst dann an Bedeutung, wenn die Entlohnung wenigstens einigermaßen stimmt. Wann stimmt sie? Dann, wenn jemand bei Vollzeitarbeit davon leben und nicht nur existieren kann. Auch das hängt von den individuellen Bedürfnissen und dem Umfeld ab.

Mitten in München mit hohen Mieten zu wohnen erfordert für den gleichen Lebensstandard ein höheres Einkommen als in preiswerterer Gegend. Wesentlich ist, dass der Empfänger seine Bezahlung als leistungsgerecht empfindet. Auf eine entsprechende Befragung Ende 2010 hin antworteten etwa zwei Drittel, dass dies bei ihnen vollständig bis einigermaßen der Fall sei. Ein Drittel antwortete mit Nein. In den neuen Bundesländern war die Unzufriedenheit höher als im Durchschnitt. (2) Aber selbst dann, wenn die Bezahlung einigermaßen stimmt, ist die Arbeitszufriedenheit nicht garantiert. Häufig geht es um negativen Stress am Arbeitsplatz, um Überlastung, ständige Erreichbarkeit, geringe Entwicklungsmöglichkeiten und ungerechte Behandlung durch Vorgesetzte. Eine sichere Arbeitsstelle, gute Zusammenarbeit im Kollegenkreis, sinnvolle Arbeitsinhalte, eigene Entscheidungsspielräume, Aufstiegschancen und Weiterbildungsmöglichkeiten kommen hinzu.
In vielen Firmen und auch im öffentlichen Dienst ist seit Jahren neben der Mitarbeiterbeurteilung die Beurteilung der Vorgesetzten durch die Mitarbeiter eingeführt.
Dies kann die Arbeitszufriedenheit verbessern. Einer der Pioniere der Arbeitszufriedenheitsforschung war sicherlich Frederick Herzberg. Entlohnung und Gehalt stehen bei ihm weit oben. (3) Seine Ergebnisse ergänzen sehr gut die Bedürfnispyramide von Abraham Maslow. Diese reicht von der Sicherung der Existenz bis zur Selbstverwirklichung. (4) Ende 2011 haben Uwe Jirjahn von der Universität Trier, Thomas Cornelissen vom University College London und J. S. Heywood von der University of Wisconsin ihre Arbeitsergebnisse über den Zusammenhang von Leistungsentlohnung und Arbeitszufriedenheit veröffentlicht. (5) Sie kommen zu dem Ergebnis, dass vor allem bei überdurchschnittlich produktiven Mitarbeitern die Leistungsentlohnung die Arbeitszufriedenheit steigert. Die Ökonomen nutzten für ihre Studie Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Dabei handelt es sich um eine große Haushaltsbefragung in Deutschland, die im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt wird. Diese leistungsbezogene Entlohnung wurde vor einigen Jahren auch bei der Novelle der Besoldungsgesetze für Hochschullehrer in den Bundesländern zugrunde gelegt. Zu einer Grundbesoldung nach W 1, W 2 oder im Höchstfall W3 kommen Leistungszulagen in drei Stufen. Über die Praxis der Zuteilung dieser Leistungsstufen gibt es derzeit allerdings viel Unmut. Außerdem hat auf die Klage eines Hochschullehrers der Universität Gießen hin das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass die W-Besoldung zu niedrig und nicht amtsangemessen ist. Bei Hochschullehrern sollte man davon ausgehen, dass ihre intrinsische Arbeitsmotivation vor dem Entlohnungsaspekt im Vordergrund steht. Diese Klage beweist das Gegenteil. Aus alledem geht hervor, dass es Ziel sein sollte, für alle Mitarbeitenden die jeweils ansprechende Mischung aus monetären und nichtmonetären Motivationsinstrumenten einzusetzen um die Arbeitszufriedenheit und damit das Betriebsergebnis zu verbessern. Dann wird sich die Arbeitszufriedenheit auf die Lebenszufriedenheit übertragen lassen, denn beide sind untrennbar miteinander verbunden.

(1) In: MaxPlanckForschung, 3/2012, S. 19 ff, München, 2012
(2) Quelle: Gallup
(3) Herzberg, Frederick; Mausner, Bernhard; Snydermann, Barbara: The Motivation to Work, New York:Wiley 1959
(4) Maslow, Abraham: Motivation und Persönlichkeit, Walter-Verlag, Olten 1977
(5) Cornelissen,T.,Heywood, J.S. and Jirjahn, U.:Performance Pay, Risk Attitudes and Job Satisfication, in Labour Economics, Vl 18, S. 229-239

Peter H. Niederelz,
Ministerialrat, Publizist,
Vereinigung der Deutschen Wissenschaftspublizisten,
Mitglied des Bundesvorstands.
Ordentliches Mitglied der HAL
0049 01743022926
Peter.H.Niederelz@googlemail.com

***

Die DemografieAgentur des Landkreises Kassel

Peter Nissen

Vom demografisch bedingten Rückgang der Bevölkerungszahlen sind insbesondere die ländlichen Räume betroffen. Für den Landkreis Kassel wird bis 2030 ein Bevölkerungsrückgang von 12 Prozent und bis 2050 sogar von bis zu 20 Prozent prognostiziert.

Die Schrumpfung wirkt sich auf vielfältige Faktoren aus, die sich gegenseitig beeinflussen und verstärken und damit die Entwicklungsdynamik noch beschleunigen. Der Rückgang der Einwohnerzahlen bewirkt eine Unterauslastung der Infrastruktur und den Rückgang der Kaufkraft, was wiederum die Investitionsbereitschaft sowohl im öffentlichen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich beeinflusst. Damit verliert der Ort an Attraktivität, was wiederum den Bevölkerungsrückgang weiter beschleunigt. Gebäudeleerstand in den Ortskernen und der Verfall historischer Bausubstanz sind die unübersehbaren Folgen des Wandels. Die wachsende Zahl älterer Einwohner stellt zudem spezifische Ansprüche an ihr Lebensumfeld, für die auf der lokalen Ebene Lösungen gefunden werden müssen. Dabei darf jedoch die Frage, was für junge Familien die Lebensqualität an ihrem Wohnort ausmacht, und wie diese gesichert werden kann, nicht in den Hintergrund treten. Das Leben in den Dörfern steht durch die demografische Entwicklung in allen Bereichen vor tiefgreifenden Veränderungen und ist damit zugleich zentrales Thema der ländlichen Regionalentwicklung.
Die Folgen des demografischen Wandels werden zunächst lokal wahrgenommen (Gebäudeleerstand und -verfall, Ladenschließungen, rückläufige Schülerzahlen). Zukunftsfähige Handlungskonzepte können jedoch nicht allein auf der lokalen Ebene ansetzen, vielmehr wird die regionale Ebene als Handlungsebene künftig noch stärker in den Mittelpunkt rücken. Wenn Einrichtungen der Grundversorgung oder Schulstandorte an einer Stelle wegzubrechen drohen, müssen frühzeitig integrierte Konzepte entwickelt werden, um die Veränderungen auf der lokalen Ebene abzufedern.

Das Thema demografischer Wandel begegnet dem Landkreis Kassel besonders im Bereich der Dorf- und Regionalentwicklung schon sehr lange. In der Dorferneuerung ist die Betrachtung des demografischen Wandels fester Bestandteil der Dorfentwicklungskonzepte und damit Diskussions- und Handlungsgrundlage in den Dörfern. Darüber hinaus baut der Landkreis sein Engagement zum demografischen Wandel auf vielfältigen Ebenen und mit unterschiedlichen Partnern kontinuierlich aus. Seit 2006 findet die Tagungsreihe „Regionalentwicklung und demografischer Wandel“ statt, die das Servicezentrum Regionalentwicklung des Landkreises gemeinsam mit Region Kassel-Land e.V., der Ev. Akademie Hofgeismar und der Stadt Kassel koordiniert und durchführt. Anfang 2007 hat der Landrat den Arbeitskreis Demografie im Landkreis Kassel ins Leben gerufen.

Mittlerweile beschäftigen sich zahlreiche Verbände, Interessenvertreter und Kommunen in vielfältigen Gremien und auf unterschiedlichen Gebietsebenen mit dem demografischen Wandel und der Frage, wie man den negativen Prognosen aktiv entgegensteuern kann. Es besteht daher in der Region zunehmend der Bedarf, die vielen losen Enden zusammenzuführen, Aktivitäten zu bündeln und Akteure zu vernetzen um regional tragfähige, konkrete Handlungsansätze zu entwickeln und diese lokal umzusetzen.

Der Landkreis Kassel möchte durch den Aufbau der DemografieAgentur dieses Bindeglied schaffen. Das wird insbesondere erfüllt durch den Aufbau und die Pflege regionaler und überregionaler Kooperationsstrukturen die Vorbereitung und Moderation regionaler Meinungsbildungsprozesse und Entwicklungskonzepte die Initiierung, Beratung, Begleitung, Umsetzung und Vermarktung von Veranstaltungen und Projekten.

Aufgabe der DemografieAgentur ist es, bestehende Projekte und Aktivitäten im Bereich Demografischer Wandel zu bündeln, zu vernetzen, weiterzuentwickeln und durch abgestimmte Beratungsleistungen das Angebot in der Region zu ergänzen. Dabei werden bestehende regionale und überregionale Kooperationen, Netzwerke und Partnerschaften mit einem breiten Spektrum regionaler und überregionaler Akteure durch die DemografieAgentur ausgebaut und – wo es sinnvoll erscheint – erweitert.

Die Aufgaben der DemografieAgentur erfüllen drei übergeordnete Funktionen:

- Lotsenfunktion: Anlaufstelle für Ratsuchende
- Informationsfunktion: Koordinationsstelle zur Erhebung und Pflege relevanter Daten
- Umsetzungsfunktion: Forcierung der Diskussion um angemessene Handlungsansätze

Die einzelnen Funktionen sind nicht trennscharf voneinander abzugrenzen. Vielmehr greifen die Funktionen ineinander bzw. bauen aufeinander auf. Auch die einzelnen Bereiche erfüllen mehrere Funktionen, die Zuordnung erfolgt entsprechend ihrem Projektschwerpunkt.

1. Lotsenfunktion: Anlaufstelle für Ratsuchende

Die DemografieAgentur soll so weiterentwickelt und ausgebaut werden, dass sie im Landkreis zur ersten Anlaufstelle wird für Privatpersonen, Vereine, Institutionen und politische Entscheidungsträger, die eine Frage bzw. ein Anliegen im Zusammenhang mit den Folgen der demografischen Entwicklung haben. Die DemografieAgentur kann die Fragen entweder unmittelbar selbst klären oder vermittelt die Ratsuchenden weiter an entsprechende Experten, Fachbehörden oder andere Akteure, die entsprechende Hilfestellungen anbieten können. Als Ziele stehen dabei im Vordergrund:

- Die Bündelung von Information
- Eine effizientere Nutzung des bestehenden Beratungs- und Förderungsangebotes
- Das Schließen von Angebotslücken im Bereich der Beratung

Um die Funktion als Anlaufstelle aktiv wahrzunehmen, ist insbesondere in der Aufbauphase eine intensive Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, um die DemografieAgentur und ihre angeboten Leistungen im Landkreis bekannt zu machen.

2. Informationsfunktion: Koordinationsstelle zur Erhebung und Pflege relevanter Daten

Um den Folgen des demografischen Wandels aktiv entgegenzusteuern, ist die Sensibilität vor Ort für das Thema erste Voraussetzung. Bei der Informationsfunktion der DemografieAgentur geht es daher vorrangig darum, auf der Basis relevanter Daten kommunale Handlungsfelder im Kontext der demografischen Veränderung aufzeigen und Hilfestellungen zu vermitteln, wie die Folgen konstruktiv bewältigt werden können.
Entscheidungsträger benötigen auf der lokalen Ebene Informations- bzw. Datengrundlagen, aus denen sich zukünftige Entwicklungslinien ableiten lassen. Die DemografieAgentur soll diese Grundlagen bereitstellen oder unterstützen, wie im Fall des Zukunftskatasters. Hier sind Kommunen dabei, die entsprechenden Daten zu erheben. Zudem wird es Aufgabe der DemografieAgentur sein, die Auswertung der Daten zu koordinieren und kommunale Diskussionsprozesse zu begleiten, in denen u. a. folgende Fragen im Mittelpunkt stehen:

- Welche Entwicklungen sind irreversibel, welche beeinfluss- und gestaltbar?
- Was muss man tun, um aus den Herausforderungen für die Kommune Chancen zu entwickeln?
- Welche Auswirkungen wird der demografische Wandel auf die Infrastruktur haben?
- Wie lässt sich auf den Erkenntnissen die Ortsentwicklung steuern?
- Welche Hilfestellungen durch Förderung und Beratung können in Anspruch genommen werden?

Die Koordinierung der Datenerhebung auf der kreisweiten Ebene durch die DemografieAgentur ermöglicht es zudem, Ansatzpunkte für interkommunale Projekte zu entwickeln.

3. Umsetzungsfunktion: Forcierung der Diskussion um angemessene Handlungsansätze

Der demografische Wandel birgt die Chance eines umfassenden Innovationsprozesses im ländlichen Raum. Ziel ist es daher, die Chancen und Potenziale einer lebenswerten Zukunft zu erkennen und zu nutzen.
Mit der Wahrnehmung der Umsetzungsfunktion soll die DemografieAgentur – aufbauend auf den beiden ersten Funktionen – zur Entwicklung angemessener Handlungsansätze und deren zielorientierter Umsetzung beitragen. Die DemografieAgentur regt aktiv regionale Diskussionsprozesse an (z.B. im Rahmen der Tagungsreihe „Regionalentwicklung und demografischer Wandel“) und wirkt gestaltend mit bei der

Weiterentwicklung von Handlungsansätzen in konkrete Projekte.

Die DemografieAgentur ist im Servicezentrum Regionalentwicklung des Landkreises in der Manteuffelanlage 5 in Hofgeismar eingerichtet und mit Patricia Ruffini und Francisca Bekkers besetzt. Die beschriebenen Funktionsbereiche werden stufenweise ausgebaut und um Leistungen und Projekte ergänzt, die Kommunen und andere Akteure auf ihrem Weg vom Handlungskonzept zum strategischen Management begleiten und unterstützen. Zentrale Aufgabe der DemografieAgentur ist es also, bestehende und zukünftige Projekte und Aktivitäten im Bereich demografischer Wandel durch abgestimmte Beratungsleistungen zu unterstützen.

Peter Nissen,
Leiter Servicezentrum Regional-entwicklung

***

Tagungsbericht: Zukunft der Dorfentwicklung in Hessen

Hartmut Bock

Die Dorferneuerung in Hessen hat eine lange Tradition und einen guten Namen. Dies zeigt die ungebrochene Nachfrage der hessischen Kommunen nach diesem Programm, dies zeigt aber auch die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die entscheidende Ursache für den Erfolg liegt in der permanenten Anpassung an die Erfordernisse und Themen des ländlichen Raumes. Nur so gelingt es, aktuelle Fragestellungen vor Ort aufzugreifen und gemeinsam mit den Verantwortlichen eine Lösung zu entwickeln. Das Jahr 2013 bringt wieder einen wichtigen Entwicklungsschub. Eine kleine, aber wichtige Änderung ist die sprachliche Korrektur. Von der „Dorferneuerung“ zur „Dorfentwicklung“, so wird künftig die Überschrift lauten. Doch entscheidend ist die Änderung der Handlungsebene. Von der örtlichen bzw. dörflichen Ebene wird künftig die „gesamtkommunale“ Entwicklung einer Kommune im Zentrum der Überlegungen stehen. Sogar gemeindeübergreifende Handlungsansätze sind möglich.

Von der Orts- und Stadtteilebene auf die gesamtkommunale Ebene

In zwei Fachveranstaltungen hat jetzt das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung die neue Strategie einem breiten Fachpublikum vorgestellt.

Herr **Werner Müller**, (Foto) Abteilungsleiter Landesentwicklung, Städtebau und Wohnungswesen im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, zuständig für die Aufgaben der ländlichen Entwicklung und der Dorfentwicklung, stellte in seinem Einführungsreferat die Eckpunkte vor. Dabei bezeichnete er die demografische und sozioökonomische Entwicklung als wichtigste Ursache für die Programmanpassung. Nicht der Geburtenrückgang, sondern die Wanderungsbewegungen erfordern die Korrektur. Während im Rhein-Main-Gebiet die Bevölkerung in den nächsten zwanzig Jahren weitgehend stabil bleibt, müssen die peripheren Regionen Rückgänge von 20 Prozent und mehr verkraften. Ausgelöst wird dies u.a. durch die Abwanderung junger gut qualifizierter Menschen, die in den Ballungsräumen bessere persönliche Perspektiven sehen. Die Überalterung in den Dörfern wird deswegen noch zusätzlich verstärkt.
Grundversorgungseinrichtungen werden sich noch stärker als bisher aus der Fläche heraus ziehen, Gebäudeleerstände nehmen zu und es erfolgt eine Unternutzung der kommunalen Infrastruktur, Kanal, Wasser, Dorfgemeinschaftshäuser und vieles mehr. Das „geordnete Schrumpfen“ wird eine neue kommunale Herausforderung und es gilt Know-how für Zukunftsstrategien aufzubauen. Die Programme des Landes müssen diese Entwicklung aufgreifen und hier Unterstützung anbieten. Die Dorfentwicklung mit einem Ortsteil als Förderschwerpunkt hilft hier nicht mehr weiter und ist weder für das Land noch für die Kommune finanzierbar. Auch für die Konzentration der Finanzen auf einen Ort fehlt die politische Akzeptanz bei den kommunalen Gremien. Die Schaffung eines Bewusstseins für das Erfordernis von Veränderungen wird deswegen zu einem wichtigen Ziel der hessischen Dorfentwicklung.
Eine neue und fortgeschriebene Förderrichtlinie und ein Leitfaden für integrierte kommunale Entwicklungskonzepte werden künftig den Rahmen für die fachliche Arbeit bilden. Dabei wurde die Anwendbarkeit des neuen Verfahrens in einem Modellprojekt in Schotten im Vogelsbergkreis, einer Kommune mit 15 Ortsteilen getestet, um die Erfahrungen auch für andere Kommunen zu nutzen.

Auf der Grundlage des Integrierten kommunalen Entwicklungskonzepts (IKEK) erfolgt künftig die inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzung. Die Konzentration auf die Innenentwicklung, die bessere Verzahnung mit der regionalen Ebene, die stärkere Förderung bürgerschaftlicher Initiativen und die Unterstützung des städtebaulich verträglichen Rückbaus, mit dem damit verbundenen Flächenmanagement sind wichtige Programmziele. Eine besondere Aufmerksamkeit liegt bei der Koordination der Programme zur Städtebauförderung und der Dorfentwicklung. Diese können künftig gemeinsam und, räumlich abgegrenzt, nebeneinander eingesetzt werden. Dafür gelten folgende Grundlagen:

- Das Integrierte kommunale Entwicklungskonzept kann künftig als konzeptionelle Grundlage für die Förderung aus beiden Programmen verwendet werden.
- Der Einsatz der Fördermittel erfolgt in klar abgegrenzten Gebieten, die vorher festgelegt werden.
- In Orten bis 2.000 Einwohnern erfolgt der Mitteleinsatz aus den Programmen der Dorfentwicklung
- Über 6.000 Einwohnern gilt uneingeschränkt die Förderung aus der Städtebauförderung
- Im Korridor dazwischen wird individuell das jeweilige Programm festgelegt. Die Orientierung richtet sich nach dem städtebaulichen Charakter des Ortes
- Das Programm des Bundes „Kleinere Städte und Gemeinden“ soll künftig auch in Hessen zum Einsatz kommen.

Im Jahre 2013 gelte es Erfahrungen mit der Arbeit auf gesamtkommunaler Ebene zu sammeln, betonte Werner Müller zum Abschluss. Die ebenfalls vom Land entwickelte Flächenmanagement-Datenbank solle dabei für die Nutzung des Innenentwicklungspotentials stärker genutzt werden. Auch die konzeptionelle Arbeit geht weiter, da für die kommende EU-Programmperiode von 2014 bis 2020 der neue Entwicklungsplan für den ländlichen Raum zu erstellen ist. Auch in Zukunft sollen die Mittel der Europäischen Union zur Kofinanzierung der Programme des ländlichen Raumes, einschließlich der Dorfentwicklung eingesetzt werden.

Wesentliche Inhalte der neuen Förderrichtlinie

Die wesentlichen Inhalte der neuen Förderrichtlinie wurden von **Reiner Kopp** (Foto) vorgestellt. Er ist Referatsleiter Dorfer-neuerung, ländliche Ent-wicklung, Landtourismus, im Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in Wiesbaden und federführend für die Richtlinie verantwortlich. Mit der neuen Bezeichnung „Dorfentwicklung“, so sein Einstieg, sind neue und wichtige Ziele verbunden. Die kommunale Gesamtstrategie wird künftig die Grundlage aller anstehenden Folgeschritte. Die Bürgermitwirkung auf hohem Niveau soll dabei die Akzeptanz bei der Umsetzung sichern. Das integrierte kommunale Entwicklungskonzept, nach den Vorgaben des neuen Leitfadens unter Trägerschaft der Kommune erstellt, liefert dafür alle Informationen. Die bauliche Entwicklung wird sich auf die nachhaltige Innenentwicklung konzentrieren, um den individuellen Charakter und das kulturgeschichtliche Erbe zu erhalten. Daseinsvorsorge und Energieeffizienz, zwei wichtige Themen runden die Ziele ab.

Das bisher bekannte Verfahren der Anerkennung wird auf die Ebene der gesamten Kommune übertragen. Kleinere Gemeinden können sich zu einer interkommunalen Kooperation zusammenschließen, um als ein Förderschwerpunkt anerkannt zu werden. Die Förderung erfolgt dann innerhalb eines abgegrenzten Gebietes, welches vorher durch einen städtebaulichen Fachbeitrag zu ermitteln ist. Öffentliche Investitionen sind auch außerhalb möglich. Die Palette der Fördertatbestände bleibt weitgehend erhalten. Doch es kommen auch neue und wichtige Themen dazu, wie die fachliche Verfahrensbegleitung, ein Unterstützungsangebot in der Umsetzungsphase. Investitionen bürgerschaftlicher Initiativen werden künftig zu einem wichtigen Schwerpunkt. Diese sollen sich am Gemeinwohl orientieren und die Verbesserung der Nahversorgung, Hol- und Bringdienste oder soziale und kulturelle Einrichtungen unterstützen. Neu ist auch die Förderung des städtebaulich verträglichen Rückbaus durch die Niederlegung nicht mehr benötigter Gebäude. Dabei fällt die Verpflichtung zur Neubebauung (städtebaulicher Lückenschluss) weg. Voraussetzung ist eine vorherige städtebauliche Bewertung mit Aussagen zur künftigen Nutzung. Die Schaffung neuer Baugrundstücke durch die Kommune ist dabei eine mögliche Option.

Die private Förderung mit einer Quote von 30 Prozent und einer Begrenzung auf 30.000 Euro konzentriert sich nicht mehr auf die erhaltenswerten Gebäude. Künftig können alle Baukörper eine Förderung erhalten, wenn die ortstypische Bauweise, die Energieeffizienz und die Nachhaltigkeit beachtet werden. Zuschüsse kommunaler Projekte errechnen sich weiterhin nach einer individuellen Förderquote, die auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) festgelegt wird. Dabei wurde die durchschnittliche Förderquote von 50 Prozent auf 65 Prozent angehoben, um den Wegfall der

Mehrwertsteuer, die nach einer EU-Regelung nicht mehr förderfähig ist, zu kompensieren. Die Dauer der Förderverfahren wird künftig zehn Jahre (bisher neun) betragen.

Neu in die Richtlinie aufgenommen wurde auch die Prozessbegleitung durch eine Steuerungsgruppe, die sich aus wichtigen lokalen Akteuren, Kommunalverwaltung, Politik, etc. zusammensetzt. Sie sichert die fachliche Verfahrensbegleitung über den gesamten Förderzeitraum durch Unterstützung, Koordinierung und Vorbereitung der Projektentscheidung der Gremien. Ein verfahrensbegleitendes Controlling durch die landrätliche Verwaltung vor Ort und durch die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen begleitet den Umsetzungsprozess.

Leitfaden „Integrierte kommunale Entwicklungskonzepte“

Den neuen Leitfaden „Integrierte kommunale Entwicklungskonzepte“ (IKEK) stellte **Kirsten Steimel** vom Büro regioTrend aus Gießen in Friedrichsdorf und Dr.-Ing. **Michael Glatthaar** (Foto) vom Büro proloco aus Bremen vor. Beide Büros hatten den Auftrag, diesen Leitfaden auf der Grundlage der Erkenntnisse und der Erfahrungen in dem Modellprojekt in Schotten zu erstellen.

Der Einfluss des demografischen Wandels auf die Kommunen wird als „sehr groß“ eingeschätzt, so das Ergebnis einer eingangs vorgestellten Befragung. Doch bei der Frage nach der Fähigkeit mit diesem Thema richtig umzugehen, gab es schon erhebliche Abstiche und es wurden größere Schwierigkeiten gesehen.

Für eine gesamtkommunale Strategie ist es erforderlich, so die Referenten, eine breite Themenpalette zu bearbeiten, über der das Querschnittsthema „demografischer Wandel“ steht. Dabei ist es wichtig die guten Erfahrungen der Bürgerbeteiligung und Bürgermitwirkung aus den früheren Verfahren der Dorferneuerung auch bei den Prozessen der künftigen Dorfentwicklung zu sichern. Eine neue Herausforderung ist die Verknüpfung und Abstimmung der lokalen Ebene mit der gesamtkommunalen Betrachtung.

Zwölf Themen wurden herausgearbeitet, die künftig in jedem Integrierten kommunalen Entwicklungskonzept anzusprechen sind. Dazu gehören: 1. städtebauliche Entwicklung und Leerstand, 2. soziale Infrastruktur, 3. bürgerschaftliches Engagement, 4. Bildung, 5. Verkehr, 6. Energie – Klima – Ressourcenschutz, 7. Technische Infrastruktur, 8. Wirtschaft, 9. Tourismus, 10. Landschaft, 11. Kultur und Brauchtum und 12. Freizeit.

Doch auch der Beteiligungsprozess zur Erstellung des IKEK ist eine wichtige Aufgabe, denn die erforderliche Akzeptanz entsteht nur, wenn möglichst viele Akteure vor Ort eingebunden sind und Ideen und Gedanken in das kommunale Zukunftskonzept einbringen. Neu ist dabei die Vielzahl der Ortsteile, die auf lokaler Ebene Vorstellungen entwickeln, die dann aber zu einem gesamtkommunalen „Konsens“ zusammengefügt werden müssen. Künftig wird deswegen die Informationsarbeit auf der Ebene der Gesamtkommune und gleichzeitig, in begrenzten Veranstaltungen und Rundgängen, in den Ortsteilen erfolgen. Die Bündelung der Ergebnisse, das betrifft den Analyse-Teil und den Entwicklungsteil erfolgt in IKEK-Foren, die auf der gesamtkommunalen Ebene gebildet werden und sich aus den IKEK-Teams, das ist die Vertretung jedes Dorfes durch drei bis fünf Personen, zusammen setzen. Örtliche Besonderheiten, die eine Abweichung erfordern, sind ausdrücklich zugelassen und individuell zu regeln.

Der gesamte Ablauf wird dabei in drei Phasen organisiert. In der ersten Phase erfolgt die Bestandsanalyse auf lokaler und gesamtkommunaler Ebene, durch Informationsveranstaltungen mit den kommunalen Gremien, durch Auftaktveranstaltungen, durch Orts- und Stadtteilrundgänge und lokalen Veranstaltungen. Dabei wird ein Profil für jeden Ortsteil erstellt und eine Bestandsanalyse als gesamtkommunale Betrachtung. Ein erstes IKEK-Forum dient dann dem Austausch, der Schwerpunktsetzung und der Bildung von Arbeitsgruppen. In der sich anschließenden zweiten Phase wird die konzeptionelle Arbeit vertieft durch weitere IKEK-Foren, in denen Projektideen, Ziele und Zukunftsvisionen zu entwickeln sind. Eine besondere Bedeutung liegt bei der Erstellung eines „Leitbildes“ unter dem sich alle Ideen, Ziele und Teilziele wiederfinden.

Konkret wird es dann in der dritten Phase, in der die Umsetzung festgeschrieben wird. Auch hier wird wieder die Arbeitsebene der IKEK-Foren genutzt. Projektideen sind zu bewerten und zu priorisieren, Leitprojekte sind festzulegen und Startprojekte zu benennen. Die „gesamtkommunale Strategie“ ist festzuschreiben. Informationsveranstaltungen für die kommunalen Gremien und eine große öffentliche Abschlussveranstaltung runden den Prozess der IKEK-Erstellung ab. Eine Steuerungsgruppe mit der Kommune, der Fachverwaltung und weiteren Akteuren begleitet den gesamten Prozess der Konzepterstellung, durch die Koordination des Verfahrens, die Abstimmung der Analyse und die Vorbereitung der Gremienmitwirkung. Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit sind ebenfalls wichtige Erfolgsfaktoren. Die regionale Presse, kommunale

Mitteilungsblätter und insbesondere das Internet sind hierfür zu nutzen.
Eine wichtige Bedeutung besitzen sogenannte Leitprojekte, die aus der lokalen Ebene heraus ragen, eine gesamtkommunale Bedeutung haben und strategisch wichtig für die Kommunalentwicklung sind.
In einer abschließenden Betrachtung wurden noch einmal besondere Erfahrungen aus der Arbeit vor Ort vorgetragen. Schwerpunkt bildeten dabei die Tätigkeit und die Aufgaben der IKEK-Teams und der IKEK-Foren, die eine zentrale Funktion in dem gesamten Verfahren haben. So soll die Rückkoppelung auf die dörfliche Ebene durch die jeweiligen Teams erfolgen, weil dies die Kapazität der beauftragten Büros übersteigt. Auch die Steuerungsgruppe wurde angesprochen, mit dem Hinweis, die individuellen örtlichen Erfordernisse bei der Besetzung zu berücksichtigen.

Zukunftsfähige Dorfentwicklung aus kommunaler Sicht

Über eine zukunftsfähige Dorfentwicklung aus kommunaler Sicht informierte **Susanne Schaab**, die Bürgermeisterin der Stadt Schotten im Vogelsbergkreis. Mit knapp 10.000 Einwohnern und 15 Stadtteilen bot die Stadt eine ideale Voraussetzung, um modellhaft das geplante neue Verfahren zur Dorfentwicklung in Hessen in der Praxis zu erproben. So sei es erstmals gelungen, die unterschiedlichen Stadtteile für gesamtstädtische Themen zu interessieren. Bisher war dies allenfalls bei Haushaltsberatungen der Fall, mit einer Lagerbildung, alle Stadtteile gegen die Kernstadt. Insgesamt waren 350 engagierte Personen aus allen fünfzehn Orten eingebunden. In der ersten Phase gab es eine Auftaktveranstaltung, eine Information für die Ortsvorsteher fünfzehn Stadtteilrundgänge und die gleiche Anzahl lokaler Workshops. Das Ergebnis, Stadteilsteckbriefe und eine gesamtkommunale Betrachtung, wurde dann die Grundlage für das erste IKEK-Forum. Dabei kristallisierten sich vier Handlungsfelder mit fünf Thematischen Arbeitsgruppen heraus.
- Handlungsfeld 1. Kommunikation und soziale Infrastruktur mit den Arbeitsgruppen „Dorfgemeinschaftshäuser“ und „soziale Infrastruktur“.
- Handlungsfeld 2,. Siedlungsentwicklung, Leerstand und Versorgung mit der gleichnamigen Arbeitsgruppe.
- Handlungsfeld 3. Technische Infrastruktur, Verkehr, Energie, Wirtschaft, begleitet ebenfalls von einer AG.
- Handlungsfeld 4. Freizeit und Tourismus, Kultur mit der AG „Freizeit und Kultur“.

Natürlich gibt es auch „Stolperfallen“ in dem Prozess, so die Bürgermeisterin. Die Jugendeinbindung ist schwierig. Hingehen und Aufsuchen ist hier wichtig und auch die Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook. Nur so wird das Ziel erreicht. Insgesamt ist für den Prozess der Bürgermitwirkung genügend Zeit und Geld einzuplanen. Die kommunale Politik soll sich nach Möglichkeit in dem IKEK-Prozess zurück nehmen (Zitat: Keine Spielwiese für Parteipolitik!). Die Beteiligung und die Letztentscheidung erfolgt durch die Mandatsträger bei der Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes. Auch der frühe Kontakt zur Kommunalaufsicht, zur Bauaufsicht und zur Denkmalpflege ist ratsam, um spätere Störungen bei der Umsetzung von Projekten zu vermeiden.

Besonders wichtig ist nach Einschätzung von Susanne Schaab der Aufbau von Vertrauen, denn Begriffe wie „gesamtkommunale Strategie“ und „demografischer Wandel“ machen Angst. Es darf nicht der Eindruck entstehen, ein Dorf werde abgehängt oder vernachlässigt. Die gesamtkommunale Betrachtung führe auch sehr schnell zu Themen, wie Arbeitsplätze, öffentlicher Nahverkehr oder schnelles Internet, die von der Kommune kaum zu beeinflussen sind und eine regionale Lösung erfordern.
Positiv wurde ein „Handgeld“ von tausend Euro für jede dörfliche Gruppe eingeschätzt, mit dem kleine Projekte schnell und ohne bürokratische Hemmnisse umgesetzt werden konnten. Damit wurde Motivation und Engagement unterstützt. Auch das Know-how der Verwaltung für den ländlichen Raum bei der Kreisverwaltung hat sich als sehr hilfreich erwiesen.
Insgesamt fünf IKEK-Foren und eine öffentliche Abschlussveranstaltung wurden in Schotten durchgeführt. Konstruktiv war auch das Ergebnis der Arbeit der insgesamt fünf AGs, mit einer Vielzahl von Projektideen, mit der Benennung wichtiger und schnelle „Startprojekte“ und der Beschreibung herausgehobener Leitprojekte.
Das integrierte kommunale Entwicklungskonzept bringt einer Kommune einen „Mehrwert“, der über die Förderung in dem regulären Dorfentwicklungs-verfahren hinausgeht, so die abschließende Bewertung der Bürgermeisterin. Eine gemeinsame Sicht aller Stadtteile auf Stärken und Probleme weckt Interesse für gemeinsames Handeln und motiviert Personen, die bisher noch nicht (kommunalpolitisch) aktiv waren. Projekte und Themen bekommen eine hohe Akzeptanz, unabhängig von der Tages- oder Parteipolitik. Bürgerschaftliches Engagement entsteht. Insgesamt wird das „Wir-Gefühl“ gestärkt und damit die „gefühlte Lebensqualität“ gesteigert.
Positiv ist auch die Nutzung des IKEKs als Fördergrundlage für weitere Programme.

Die Beurteilung des Pilotverfahrens Schotten wird von Susanne Schaab in fünf Punkten zusammengefasst und damit ein Fazit aus kommunaler Sicht gezogen.

- Es geht darum, das Engagement von der örtlichen auf die gesamtkommunale Ebene zu heben.
- Die Verknüpfung von lokaler und gesamtkommunaler Ebene hat sowohl im Prozess als auch inhaltlich funktioniert.
- Die inhaltliche Bandbreite erhöht sich aufgrund der aktuellen Herausforderungen und dem Wechsel des Blickwinkels deutlich.
- Der Prozess ist relativ "dicht" und erfordert klare Strukturen, eindeutige Rollenverteilungen und Verantwortlichkeiten, um in relativ kurzer Zeit komplexe Inhalte mit vielen Beteiligten erarbeiten zu können.
- Letztendlich hängt der Erfolg des IKEK Schotten – wie jedes Konzept – von der Umsetzung und Verstetigung ab. Die finanziellen Mittel und die personellen Ressourcen sind dafür wichtig.

Aktuelle Rahmenbedingungen der Förderung

Die aktuellen Rahmenbedingungen der Förderung stellten **Anke Enders-Eitelberg** bzw. **Esther Fischer** (Foto) von der **Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen** WiBank) vor. Die Bank (vormals Investitionsbank Hessen- IBH) ist seit dem Jahre 2001 für die finanzielle Umsetzung und die fachliche Steuerung der Dorferneuerung bzw. Dorfentwicklung in Hessen zuständig. Dies erfolgt durch eine intensive Zusammenarbeit mit 16 Landkreisen vor Ort, die dort als Ansprechpartner fungieren.

Künftig werden Förderungen nur noch ausgesprochen, wenn ein Integriertes kommunales Entwicklungskonzept vorliegt und ein städtebaulicher Fachbeitrag erarbeitet wurde. Projekte, die zur Bezuschussung anstehen, müssen sich aus diesen „konzeptionellen Grundlagen“ ableiten. Für private Antragsteller wird ein Fördergebiet festgelegt, bei dem es sich in der Regel um den Ortskern handelt, der sich bis zum Jahre 1950 entwickelt hat. Damit wird dem Ziel der Stärkung der Innenentwicklung Rechnung getragen. Die Kommune muss dieses Gebiet durch einen formalen Parlamentsbeschluss festlegen.

Öffentliche Projekte sind an diese räumliche Grenze nicht gebunden. Eine Einschränkung gibt es durch monetäre Grenzen, die in einem “kommunalen Investitionsrahmen“ durch die WiBank festgelegt werden. Vorgesehen ist eine Staffelung, die sich an der Anzahl der Ortsteile orientiert und sich in einem Korridor zwischen 500.000 Euro und 1.5 Mio. Euro bewegt. Dies ist lediglich ein Planungswert, der unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Mitteln im Haushalt steht. Für die Kommune und das Land gibt diese Regelung eine Planungssicherheit, weil erkennbar wird, in welchem Umfang Projekte entwickelt werden können.

Hier wird es bei dem neuen Verfahren zu Änderungen kommen, denn die bisherige Festlegung auf der Grundlage von Einzelprojekten ist nicht mehr möglich. Die Kommunen erhalten künftig einen Sockelbetrag als „Grundbudget“ und ein Zusatzbudget, welches von der hessenweiten Finanzmittelausstattung abhängig ist und nach der Ausschöpfung des Grundbudgets zum Einsatz kommt. Eine hohe Qualität und eine gesamtkommunale Bedeutung müssen diese Maßnahmen auszeichnen.

Die Förderung kommunaler Projekte erfolgt durch einen Zuschuss, dessen Höhe sich an der kommunalen Finanzkraft orientiert (Grundlage: Finanzausgleichsgesetz – FAG). Eine Besonderheit sind gemeinwohlorientierte Projekte im öffentlichen Interesse, die aber nicht von der Kommune umgesetzt werden. Hier beträgt die Förderquote 50 Prozent, mit einer Begrenzung von 150.000 Euro.

Sehr klar ist künftig die Abgrenzung der Förderung zum Städtebau. Eine Überschneidung der Fördergebiete ist nicht möglich.

Hartmut Bock, Weilburg, stellvertretender Vorsitzender der Hessischen Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum. Er war bis 2012 bei der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen für die hessenweite Umsetzung der Förderprogramme zur Dorf- und Regionalentwicklung in Hessen verantwortlich.

***

Die Entwicklungsmöglichkeiten ländlicher Räume im Fokus des 2. Darmstädter Ingenieurkongress Umwelt und Bau

Dipl.-Ing. Sonja Dieckmann

Die Entwicklung des ländlich geprägten Raums ist so unterschiedlich wie die Räume selbst. Dennoch sind gerade Regionen mit Bevölkerungsrückgang von ähnlichen Problemstellungen betroffen. Dazu gehören die Herausforderungen für die Daseinsvorsorge einschließlich Mobilität in Zeiten knapper Kassen sowie die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit bei zurückgehendem Arbeitnehmerpotenzial. Diesen Fragestellungen näherten sich die etwa 50 Teilnehmer der Session „Entwicklung ländlicher Räume“ im Rahmen des 2. Darmstädter Ingenieurkongress Bau und Umwelt am 12. und 13. März 2013. Dabei wurde nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht diskutiert, sondern auch der Praxis Raum für die Darstellung neuer Lösungsideen und deren Umsetzung gegeben. Die Session gliederte sich in die vier Blöcke Demographischer Wandel und seine sozialen Auswirkungen, Siedlungsentwicklung im zweiten demographischen Übergang, Wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfungsketten sowie Mobilität im ländlichen Raum. Durch die Veranstaltung führten Prof. Dr.-Ing. Hans Joachim Linke und Dr.-Ing. Tine Köhler vom Institut für Geodäsie der TU Darmstadt.
Den Auftakt bildete ein Vortrag von Prof. Dr. Paul Gans, Inhaber des Lehrstuhls für Wirtschaftsgeographie, Abteilung Volkswirtschaftsehre der Universität Mannheim mit seinem Vortrag zum Thema Veränderung der Bevölkerungszahl und -struktur im ländlichen Raum in Deutschland. Gans, der einen Forschungsschwerpunkt auf der Bevölkerungsentwicklung in Europa, Lateinamerika und Indien hat, gab einen Überblick über zu erwartende Entwicklungen und ihre Folgen, machte jedoch sehr deutlich, dass statistische Grundlagen für kleinräumige Entwicklungen nicht belastbar sind und demnach keine alleinige Grundlage für Strategien sein sollten. Zudem einigten sich die Teilnehmer schnell darauf, dass der eine ländliche Raum nicht existiert, sondern jeder Raum seine Alleinstellungsmerkmale hat.

Dem schloss sich auch der zweite Redner, Dr.-Ing. Thilo Lang vom Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig, an. Sein Beitrag „Herausforderungen ländlicher Räume abseits der Agglomerationen: zwischen Abwanderung und neuer Ländlichkeit?“ beschäftigte sich mit der Frage, wie viel „Ländlichkeit“ in Städten existiert und ob das Städtische in den ländlichen Räumen angekommen ist. Anschließend stellte er Ergebnisse von Studien zur Eigenwahrnehmung und Wanderungsmotiven von Jugendlichen im ländlichen Raum vor und zeigte so auf, dass oftmals eine schlechte Eigenwahrnehmung Gründe für mangelnde Innovation und Entwicklung ist.

Der darauffolgende Beitrag von Mag. phil. Dr. nat. techn. Tatjana Fischer vom Department für Raum, Landschaft und Infrastruktur, Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung der Universität für Bodenkultur in Wien schnitt mit den Ansätze zur Befriedigung der Bedürfnisse älterer Bevölkerungsgruppen ein Thema an, das bisher kaum im Blickfeld von Forschung und Politik steht. Die mangelnde Bereitschaft der heute „jungen Alten“ zu bürgerschaftlichem Engagement und deren hohen Ansprüche an Mobilität und Freiheit sowie die bei Einritt in den „vierten Lebensabschnitt“ auftretenden volkswirtschaftlichen und persönlichen Problemen beschäftigen die Wissenschaftlerin seit ca. 10 Jahren. Wie sich in der anschließenden Diskussion zeigte, rüttelte Fischer die Zuhörer mit ihrem fesselnden Vortrag auf.

Im Block „Siedlungsentwicklung im zweiten demographischen Übergang“ führte Prof. Dr. Ulf Hahne von der Universität Kassel mit dem Beitrag Auswirkungen des demografischen Wandels auf den Immobilienmarkt im ländlichen Raum ins Thema ein. Als Professor für Ökonomie der Stadt- und Regionalentwicklung stellte er die mit Leerstand und Unterausnutzung einhergehenden negativen Marktveränderungen für gewerbliche Immobilien und im Wohnungsmarkt in den Vordergrund.

Prof. Dr.-Ing. Linke vom Fachgebiet Landmanagement des Instituts für Geodäsie an der TU Darmstadt griff diese Verschlechterungen in seinem Vortrag auf und begründete mit diesen wirtschaftlichen sowie mit sozialen und ökologischen Argumenten seine Ansätze zum Siedlungsumbau. Zu den Vorschlägen gehörten normative und instrumentale Neuerungen für einen strategischen Siedlungsum- und -rückbau sowie Hinweise zum Umgang mit der betroffenen Bevölkerung. Linke verweis auch deutlich auf die einhergehenden Risiken, stellte jedoch die Notwendigkeit eines Siedlungsumbaus außer Frage.

Den Tagesabschluss bildete der Beitrag „Ansätze zur Anpassung der Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsinfrastruktur“ von Dr.-Ing. Susanne Bieker vom Fachgebiet Abwassertechnik des Instituts IWAR der TU Darmstadt. Die meisten Gemeinden

sehen in ihrem Abwassersystem als teuerste technische Anlage eine lästige, jedoch unveränderliche Infrastruktur, mit deren Systemimmanenz und damit verbundenen Kosten man eben leben muss. Die Expertin für semi- und dezentrale Abwasserentsorgungssysteme zeigte jedoch auf, dass technische Möglichkeiten zur Umgestaltung bereits gegeben sind, jedoch hinsichtlich der (z.B. rechtlichen) Rahmenbedingungen Anpassungsbedarf besteht.

Am 13. März startete die Session mit einer Darstellung von Potential und Entwicklung von Wertschöpfungsketten im ländlichen Raum durch Dr.-Ing. Ulrich Gehrlein vom Institut für Ländliche Strukturforschung in Frankfurt. Als wichtige Märkte, in denen ländliche Räume Wertschöpfungsketten generieren und nutzen können, identifizierte Gehrlein insbesondere erneuerbare Energien, Ernährungsgewerbe, Tourismus und Gesundheitswesen und verdeutlichte dies an konkreten Beispielen. Als Erfolgsfaktoren für den Auf- und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten seien jedoch unter anderem eine professionelle Organisation, die Entwicklung einer gemeinsamen Vision sowie von Vertrauen und Respekt im Netzwerk und die Unterstützung durch anerkannte Promotoren notwendig.

Der kurzweilige und dennoch ernsthafte Beitrag aus der Praxis des Modellvorhabens LandZukunft von René Maudet (Landkreis Birkenfeld) brachte den Zuhörern die Herausforderung um das Halten oder gar Vergrößern von Arbeitskräftepotenzial in Regionen mit Bevölkerungsschrumpfung näher. Maudets zahlreiche Beispiele zu Qualifizierungsoffensive, Bürgerworkshops, der Zusammenarbeit von Verwaltung, Forschung und Wirtschaft in der Plattform „Kooperationsdreieck Schulen-Hochschule-Wirtschaft“ können sicher als Best-practice-Beispiel für viele „Entleerungsräume“ sein.

Im Block Mobilität stellte Dr.-Ing. Wolfgang Kittler vom Zentrum für integrierte Verkehrssysteme GmbH Konzepte zu alternativen Verkehren im ÖPNV vor. Nachdem er zunächst theoretisch die Möglichkeiten und Risiken des Einsatzes von Bürgerbussen, Sammeltaxen und Rufbussen erläuterte, folgten Umsetzungsbeispiele aus ganz Hessen.

Die Vortragsreihe der Session schloss mit dem Beitrag von Stefan Gerwens, Geschäftsführer der Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e.V. Berlin, zum Thema „Effizienter motorisierter Individualverkehr im ländlichen Raum“. Gerwens spannte dabei den Bogen von politischen Vorgaben und deren Folgen bis zu konkreten Straßenausbauprojekten und der zunehmenden Bedeutung des (Elektro-)Fahrrads als Verkehrsmittel.
Prof. Linke zog abschließend eine kurze Bilanz und dankte den Vortragenden sowie dem Publikum für die konstruktive und vielfältige Diskussion.

***

„Was lange währt, wird gut!“

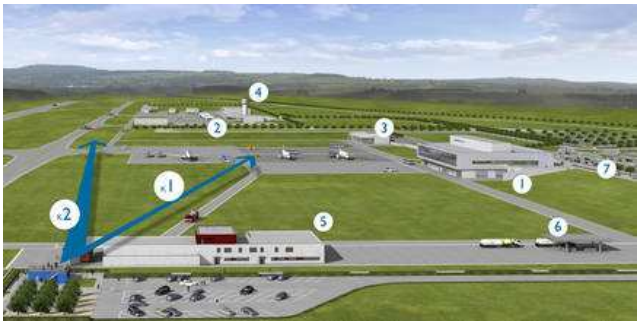
Bericht des Caldener Bürgermeisters zur Eröffnung des neuen Flughafens Kassel-Calden in 2013

Andreas Dinges

Luftbild des neuen Verkehrsflughafens Kassel-Calden

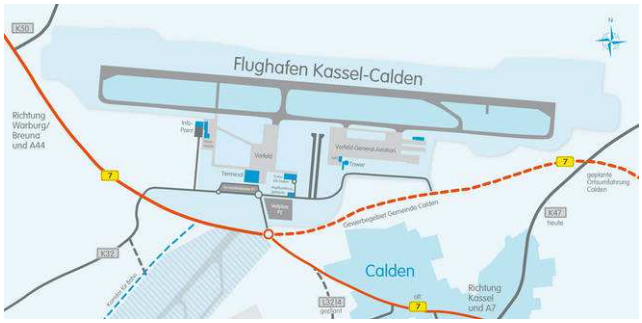
Durch den Baubeginn des „Alten Verkehrslandeplatzes“ 1969 wird nach der damaligen Umsiedlung auch führender Luftfahrtbetriebe von Kassel-Waldau nach Calden nach nunmehr 44 Jahren die positive Entwicklung der Luftfahrt am Standort Calden für unsere Region Nordhessen fortgeschrieben. Die Umsiedlung damals wurde durch den seinerzeitigen Geschäftsführer Herrn Michaelis und unseren heutigen Alt-Bürgermeister Karl Lipphardt umgesetzt. Nach Vorstellung des Gutachtens der Flughafen AG Frankfurt zum Ausbau des bisherigen Fluglandeplatzes zum Regionalflughafen im Juni 1999 wurde im Januar 2000 das Raumordnungsverfahren beantragt. Das Vorhaben zum Flughafenausbau Kassel-Calden wurde ab 2000 durch das Kabinett des Ministerpräsidenten Roland Koch von der Burg-Calenberg-Gesellschaft durch kommissarische Anteilsübernahme durch die IHK unter Geschäftsführer Dr. Lohmeier eingeleitet und forciert. Ex-Finanzminister Karl-Heinz Weimar wurde engagierter, sachorientierter und finanzbewusster Vorsitzender des neu gegründeten Aufsichtsrates. Der Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau ist am 18.07.2007 durch den Regierungspräsidenten ergangen.
Die Bürgerbeteiligung für das nordhessische Großprojekt wurde von Anfang an „groß

geschrieben“. So wurde ein Flughafen-Bürgerforum als Beratungsplattform – unter Vorsitz der Herren Dr. Wilke und Jordan – eingerichtet und erfolgreich geführt. Bürgerinitiativen gegen und für den Ausbau wurden auf Initiative engagierter Bürgerinnen und Bürger gegründet. Ein Bürgerentscheid wurde in Calden durchgeführt und eine eigens gegründete Partei namens „Bürgerforum“ veränderte die politische Parteienlandschaft in der Großgemeinde Calden bis zum Ende der Legislaturperiode 2011. 8 von 31 Gemeindevertretern und 3 von 11 Beigeordneten waren Vertreter der Gruppe „Bürgerforum Calden“. Der unter dem Vorsitz von Herrn Professor Richter – ehemaliger Geschäftsführer von ZF-Luftfahrt, dem größten Arbeitgeber in der Gemeinde Calden - gegründete Flughafenbeirat wurde auf Empfehlung der FRAPORT eingerichtet und war immer ein Organ zur Beteiligung der örtlichen Unternehmen und der politischen Gremien von Stadt, Kreis und Gemeinde. Dr. Udo Schlitzberger, Irmgard Croll und Brigitte Gerstenberg vertreten dort zurzeit unsere Gemeinde. Unsere Landwirtschaft und damit auch die landwirtschaftlichen Betriebe in unserer Gemeinde und in den Stadtteilen Grebensteins - Schachten und Burguffeln - haben durch die Ausweisung des neuen Geländes hunderte von Hektar wertvolles Ackerland verloren, aber ich denke, dass über die Abwicklung der Hessischen Landesgesellschaft mit Unterstützung des Bauernverbandes faire Ausgleiche stattgefunden haben. Heute kann die ganze Region stolz sein, dass sie über die nun stattgefundene Flughafenerweiterung mit einer 2500 Meter langen Start- und Landebahn auch weiterhin erfolgreich und zukunftsfähig an den globalen Welthandel angebunden wird und der Standort in Calden erhalten bleibt.



Flughafen mit Gebäudebezeichnungen
1. Terminal
2. Gebäude Allgemeine Luftfahrt
3. Multifunktionsgebäude
4. Tower
5. Feuerwache
6. Tanklager
7. Parkplatz

Gerade das bis zur WENDE 1990 wirtschaftsschwache Nordhessen kann seinen wirtschaftlichen Aufschwung mit Hilfe der vorgesehenen Infrastrukturmaßnahme in Höhe von



Grundriss und Verkehrsanbindung

271 Mio. Euro im „Herzen von Europa“ fortsetzen. Sie können versichert sein, dass die Vertreter unserer Gemeinde – wie bisher auch durch mich und jeweils die Beigeordneten Hermann Croll, Klaus-Dieter Hegner, Thorsten Wicke, Jürgen Düster und Adolf Roß – weiterhin versuchen werden im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung vernunftorientiert die Entwicklung des Flughafens zu begleiten. Auch die Fachabteilungen unserer kleinen Gemeindeverwaltung unter der Leitung von Günter Lang, Herbert Kloppmann und Holger Neumeyer haben mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ihren Beitrag zum Gelingen des Großprojektes geleistet. Ein besonderer Dank gilt den Geschäftsführern der Flughafen GmbH Herrn Ries, Herrn Hedderich und Herrn Spengler, wobei Herr Hedderich von Anfang an mit seiner großen verwaltungs- und finanztechnischen Erfahrung dabei war. Frau Anna-Maria Muller wünschen wir „Viel Fortune“ für die Umsetzung der kaufmännischen Herausforderungen der fliegerischen Bewirtschaftung. Auch den Vertretern des Landkreises und der Stadt Kassel in ihren Gremien und in der Regionalversammlung danke ich ausdrücklich für ihre eindeutigen Entscheidungen zum Wohle der Region. Der heutige Oberbürgermeister der Stadt Kassel Herr Hilgen, der Stadtkämmerer Herr Dr. Barthel und der ehemalige Oberbürgermeister Herr Lewandowsky haben im Sinne einer positiven Kooperation der Region bereits jetzt Vorbildliches geleistet. Herr Landrat a. D. Dr. Schlitzberger, als auch unser Landrat Uwe Schmidt, haben niemals die Notwendigkeit der Ausbaumaßnahme in Zweifel gezogen. Beide haben immer das Wohl der 29 Kreisgemeinden in ihrer Gesamtheit berücksichtigt. Ich freue mich schon jetzt auf die weitere Zusammenarbeit auch mit Herrn Andreas Güttler bei der Planung und Ausweisung der Gewerbegebiete am alten Flugplatz im Zweckverband Raum Kassel (ZRK). Mit Unterstützung von Herrn Kai-Lorenz Wittrock und Herrn Holger Schach sowie den ehemaligen Wirtschaftsministern Alfred Schmidt, Alois Rhiel und Dieter Posch für die Wirtschaftsregion Nordhessen (WFG, IHK, CCA und

Pro Nordhessen) kann die ganze Region von dem volkswirtschaftlichen Nutzen des Verkehrsflughafens profitieren. Unserer Bevölkerung danke ich auch an dieser Stelle für das Verständnis bei den unvermeidbaren Abläufen des Ausbaus. Unseren Ortschronisten Kurt Kanngießer danke ich für die Mühen bei der Erarbeitung seines neuen Buches „Kassel-Calden im Aufwind“ über die Entwicklung von 4 Flugplätzen seit 1944. Mit der Freigabe des Platzes für den öffentlichen Flugverkehr am 4. April 2013 wären natürlich auch die verkehrstechnische Anbindung der Ortsumfahrung B7-Calden, sowie eine großräumige „Nordumfahrung Kassel“ wünschenswert. Dies sowie der flächendeckende leistungsfähige Breitbandausbau im Gebiet aller Ortsteile der Großgemeinde bleiben eine Herausforderung für die Region Kassel (Stadt und Kreis) sowie die Landes- und Bundesregierung. Ministerpräsident Volker Bouffier und Wirtschaftsminister Florian Rentsch haben am Eröffnungstermin nochmals ihre Unterstützung für eine kurzfristige Umsetzung – des leider zurzeit noch beklagten Planfeststellungsbeschlusses – zugesichert. Eine besondere Überraschung am Eröffnungstag war die Teilnahme unseres ältesten Mitbürgers aus Obermeiser, Fritz Landefeld, der bei dem Eröffnungsflug mit einem Airbus A319 mit 101 Jahren seinen ersten Flug über unsere Heimat genoss. Unser Motto in Calden mit seinen Ortsteilen lautet weiterhin: „Bewährtes erhalten und Zukunft gestalten in Calden – zwischen Tradition und Fortschritt“. Es wäre schön wenn neben den Großflugzeugen auch künftig die Fallschirmspringerschule
„Skydive“ (info@skydive.de), die Ultraleichtflieger und die Ballonfahrer einen Beitrag auch zur touristischen Attraktivität Caldens leisten würden.
„Gut Flug“ auch weiterhin ab Kassel-Calden.

Andreas Dinges, Bürgermeister der Gemeinde Calden, ist Mitglied der HAL sowie im Vorstand tätig.

***

Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen Hessens – Ergebnisse einer Untersuchung der Marburger Außenstadtteile

Dipl.-Geogr. Florian Warburg, Dr. Petra Engel, Sabrina Erlwein, Oliver Fischer, Janine Fleischhacker, Martin Prikryl, David Puhl und Sarah Renner

Der demographische Wandel macht sich seit den 1970er Jahren in Deutschland bemerkbar und ist aus unserer heutigen Gesellschaft nicht mehr weg zu denken. Der Anteil der jungen Bevölkerung nimmt durch eine sinkende Fertilitätsrate aufgrund veränderter Werte und Normen innerhalb der Gesellschaft immer weiter ab. Auf der anderen Seite steigt der Anteil der älteren Generationen in unserer Gesellschaft weiter an, was auf eine sinkende Mortalitätsrate aufgrund der Verbesserungen der medizinischen Versorgung zurückzuführen ist. Veränderungen aufgrund des demographischen Wandels wirken sich auf viele Sektoren des öffentlichen Lebens aus, denn die Bedarfe der zunehmend älter werdenden Bevölkerung müssen durch eine altersgerechte Infrastruktur gesichert werden. Dazu gehören vor allem alternsgerechte Wohnungen, ein erhöhter Bedarf an Pflegepersonal und die Versorgungssicherheit der Menschen, die in den ländlichen Gebieten alt werden möchten. Die Versorgung im ländlichen Raum ist unter anderem durch die Auswirkungen des demographischen Wandels betroffen. Die jüngere und oft kaufkräftigere Bevölkerung wandert aus vielen verschiedenen Gründen, wie zum Beispiel das fehlende Arbeitsplatzangebot, in die Städte und zurück bleiben die älteren Menschen, die oftmals eine geringere Kaufkraft aufweisen. So verschwinden auch im Laufe der Zeit die infrastrukturellen Angebote, da nicht genügend Nachfrage vorhanden ist - seien es Versorgungsangebote des täglichen Bedarfs, Apotheken oder andere soziale Einrichtungen. Die Menschen, die in den peripheren Regionen leben, sind somit auf die nächst gelegenen, zentraleren Orte angewiesen, um ihren Arzt, das Krankenhaus oder Angebote anderer öffentlicher Einrichtungen wahrzunehmen. Viele periphere Räume in Deutschland müssen sich mit den Problemen der Versorgung der ländlichen Bevölkerung auseinandersetzen. Auftretende Probleme und Missstände in der Versorgung könnten durch freiwillige Tätigkeiten aufgefangen werden. Vor allem die bestehenden Sozialstrukturen in Dörfern bieten solche Ergänzungen, da in der Regel eine starke soziale Verflechtung in der Dorfgemeinschaft anzutreffen ist. Nachbarschaftshilfe ist hier das Stichwort. Jeder kann

entsprechend seiner Verfassung und Möglichkeiten Aufgaben übernehmen, um andere zu unterstützen. So können gemeinschaftlich Hürden genommen werden, wie bspw. die periphere Lage oder eine mangelhafte Anbindung an Versorgungszentren. Denn vor allem die Mobilität stellt einen zentralen Faktor dar, wenn es darum geht sich zu versorgen. Ein mangelhafter ÖPNV kann so durch Fahrtgemeinschaften aufgefangen werden. Vor allem muss ein neues Bewusstsein für den herausragenden Stellenwert und eventuelle Kooperationen und Abstimmungen zwischen freiwillig Engagierten und Versorgern geschaffen werden. Diese Aspekte wurden in einem Vertiefungsseminar des Fachbereichs Geographie der Philipps-Universität Marburg im Sommersemester 2013 behandelt und die Ergebnisse in einer Veranstaltung im Juli 2013 im historischen Rathaussaal Marburgs präsentiert und mit der Öffentlichkeit diskutiert (siehe Abb. 1).

Abb. 1: Einleitende Worte des Oberbürgermeisters Egon Vaupel der Stadt Marburg zur öffentlichen Ergebnispräsentation im historischen Rathaussaal (Foto: T. Roesler)

Motivation und Ziele für die Planung eines gemeinsamen Praxisseminars…

…ist die durch die Stadt Marburg vorangetriebene seniorengerechte Quartiersentwicklung in deren ländlichen Stadtteilen sowie die Möglichkeit für Studierende des Fachbereichs Geographie, eben diese Entwicklung und die aktuelle Situation der Außenstadtteile wissenschaftlich zu untersuchen. Es soll durch eben solche Projekte bzw. Projektseminare zu einer Win-Win-Situation kommen, sodass von der Theorie-Praxis-Kooperation sowohl die Stadt als auch die Universität Marburg profitieren. Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg hat im Jahre 2009 beschlossen, zur systematischeren Förderung der seniorengerechten Quartiersentwicklung stadtteilspezifische Befragungen Älterer zu ihren Wünschen und Bedürfnissen durchführen zu lassen. Verantwortlich umgesetzt werden diese seitdem vor allem durch Ortsbeiräte sowie lokale Multiplikatoren und engagierte Freiwillige vor Ort. Von Beginn an dienten diese Erhebungen nicht allein der Datengenerierung, sondern erwiesen sich insbesondere als Aktivierungsinstrumentarium im Sinne der Aktionsforschung. Bereits bei der Ergebnisvorstellung in lokalen Bürgerversammlungen starteten aus dem Kreis der Befragten sowie weiterer Interessierter heraus bürgerschaftliche Prozess zur Angebots- und Strukturentwicklung, stets unterstützt und begleitet durch die Stabsstelle Altenplanung. In vielen Stadtteilen sind fehlende Infrastruktur ersetzend bspw. Erzähl- oder Bürgercafés entstanden, Freizeit- und Hobbygruppen für Menschen ab der Lebensmitte, offene Begegnungsangebote mit niedrigschwelliger Beratung, organisierte Nachbarschaftshilfe und Besuchsdienste, Einkaufs- und Begleitservice etc. Diese Weiterentwicklung und Ausweitung städtischer Angebote sowie Konzipierung tragfähiger und zukunftsorientierter Projekte und Vorhaben in Kooperation mit Bürgern, Trägern und Einrichtungen ist eine Kernaufgabe der Stabsstelle Altenplanung. Ziel ist vor allem die Schaffung von Öffentlichkeit für das Thema Älterwerden und insbesondere die Aktivierung Freiwilliger in den Stadtteilen zur Selbstorganisation für gutes Altern vor Ort.

Nicht in allen Stadtteilen werden bisher Ortsbeiräte oder Verantwortliche aktiv, nicht überall kann sich die Altenplanung gleichzeitig engagieren. So entstand die Idee der Kooperation mit der Arbeitsgruppe Regionalforschung unter der Leitung von Prof. Dr. Markus Hassler und den Studierenden der Geographie der Universität Marburg. Studierende üben sich ohnehin im Studium in ersten Projekten empirischer Sozialforschung, häufig allerdings als l'art pour l'art. Durch Kooperation mit der Altenplanung, ihren Praxiszugang und bestehende Strukturen, wird die Laborsituation verlassen, studentische Befragungsergebnisse finden öffentliche Beachtung und leisten ihrerseits einen Beitrag zur Gestaltung des demographischen Wandels. Im Rahmen des Geographiestudiums ist es von großer Bedeutung, eben nicht allein den theoretischen Grundlagen zu begegnen und die methodischen Herangehensweisen zu studieren sondern vielmehr Inhalte und Methoden anzuwenden. Dies war Ziel des Vertiefungsmoduls innerhalb der Humangeographie, welches im Sommersemester 2013 unter der Leitung von Prof. Dr. Markus Hassler und Dipl.-Geogr. Florian Warburg in Kooperation mit Dr. Petra Engel von der Stadt Marburg durchgeführt wurde.

Durchführung der Untersuchungen in den Marburger Stadtteilen

Die Universitätsstadt Marburg – und im speziellen ihre äußeren Stadtteile – ist Schauplatz der Untersuchungen. Sie liegt zwischen den Ausläufern des Rheinischen Schiefergebirges und dem Hessischen Bergland, etwa 30 km nördlich von Gießen. Die Kernstadt befindet sich im engen Tal der Lahn, in dem auch die Bundesstraße 3 gebaut wurde. Dies erschwert die Verkehrssituation, welche auch durch Pendlerströme aus dem Umland gekennzeichnet ist. Die bergige Stadt zählt über 70.000 Einwohner, darunter rund 25.000 Studierende und Angestellte der Universität. Nach den Ergebnissen des Zensus 2011 gilt sie als größte Verliererin in Hessen; sie hat etwa zehn Prozent weniger Einwohner, als die zuvor berechneten etwa 80.000.
Durch das vielfältige Angebot in verschiedenen Bereichen wie Kultur, Bildung, Gesundheit etc. gilt Marburg als Oberzentrum und ist somit sehr wichtig für den Landkreis Marburg-Biedenkopf und darüber hinaus. Ihre Lage wird als ‚verstädtert ländlich' bezeichnet. Dies stellt sich vor allem im Umland der Stadt heraus, da die meisten Versorgungsangebote im Kerngebiet zu finden sind. Um Versorgungsschwächen im Marburger Umland herauszustellen, hat sich das Seminar hauptsächlich auf stichwortartige Befragungen mit standardisierten Fragebögen und Experteninterviews gestützt. Es wurde quantitativ als auch qualitativ gearbeitet. Erstere Methode diente dem Zweck, einen Überblick über die Versorgungssituation in den verschiedenen Stadtteilen anhand der Einschätzungen und persönlichen Meinungen der Bevölkerung zu erhalten. Im zweiten Schritt sollten diese Aussagen überprüft werden. Eine geringe Bekanntheit der Studie erschwerte jedoch die Befragungen, so dass vielerorts nicht die gewünschte Zahl an Befragungen erreicht werden konnte – was allerdings auch daran liegt, dass die Bevölkerungszahl in den Teilorten sehr stark variieren. Diese Ungleichverteilung zeigt sich in den Umfragequoten: konnte in größeren Ortschaften teilweise nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung befragt werden, sind es in kleineren um die zehn Prozent. Vor allem bei den größeren Ortschaften spielten die Experteninterviews zur Gewährleistung der Repräsentativität der Befragungen eine große Rolle. Von Mai bis Juni 2013 waren 29 Studierende des Fachbereichs Geographie (siehe Abb. 2) in acht Stadtteilen unterwegs und konnten zu folgenden Ergebnissen kommen.

Ergebnisse

Eine wichtige Erkenntnis aus den Erhebungen ist, dass jeder Ort seine individuellen Stärken und Schwächen aufweist und es somit keine Standardlösung oder ein Idealkonzept geben kann, das beliebig übertragbar ist. Dennoch weisen die Stadtteile auch interessante Parallelen und Ähnlichkeiten auf. Zudem gibt es Themen, die in allen Stadtteilen präsent sind.

Abb. 2: Studierende des Fachbereichs Geographie mit Dr. P. Engel (links) und Dipl.-Geogr. F. Warburg (rechts) (Foto: T. Roesler)

Zur allgemeinen Infrastruktur ist zu sagen, dass die meisten, vor allem aber die kleineren, Stadtteile eigentlich keine eigene Infrastruktur im Bereich der Gesundheitsversorgung besitzen. Bei Einwohnerzahlen von teilweise nur um die 200 ist das nicht verwunderlich. In den kleineren und kleinsten Stadtteilen, bspw. Bortshausen, Ronhausen oder Dilschhausen, gibt es weder Bäcker, Tante-Emma-Laden noch sonst eine minimale Versorgungseinrichtung. Ganz anders sieht es im Stadtteil Wehrda aus, welcher sich anhand der Größe und Struktur wesentlich von den anderen untersuchten Stadtteilen unterscheidet. Hier gibt es zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten, Banken sowie auch einige Allgemeinmediziner und das Diakonie Krankenhaus. Die allgemeine Zufriedenheit liegt in Wehrda durchschnittlich bei 2,1 (Schulnoten) gefolgt von dem kleinsten Stadtteil mit einer durchschnittlichen Zufriedenheit von 2,5. Die niedrigste allgemeine Zufriedenheit findet sich in den Stadtteilen Dagobertshausen und Wehrshausen mit jeweils einem Durchschnittswert von 4,1 wieder.
Durch das Fehlen von medizinischen Einrichtungen in den allermeisten Stadtteilen konzentrierte sich hier der Schwerpunkt der Befragungen oft auf andere Bereiche wie Ehrenamt, Familie und Freiwilligkeit. Die Gesundheitsversorgung vieler Außenstadtteilbewohner erfolgt durch zentrale Orte. Die meisten Hausärzte befinden sich in der Kernstadt Marburg bzw. in den versorgungsstarken, größeren Stadtteilen Wehrda und Cappel. Trotzdem empfinden viele Bewohner diese Situation nicht als mangelhaft und

sind zufrieden mit dieser Art der Gesundheitsversorgung.
Dadurch, dass ein Großteil der Versorgung, in manchen Stadtteilen sogar die ganze Versorgung, außerhalb des Wohnorts stattfindet ist der Punkt Mobilität besonders wichtig. Für viele Menschen ist vor allem die Mobilität im Alter wichtig. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass das am häufigsten genutzte Fortbewegungsmittel das eigene Auto ist. Zwar gibt es in allen Stadtteilen einen Anschluss an den Stadtbus, jedoch wird dieser weit weniger genutzt. Auch andere Fortbewegungsarten wie Mitfahrgelegenheit, Fahrrad, etc. wurden eher selten genannt. Daraus ergibt sich, dass eine uneingeschränkte Mobilität und Flexibilität oft nur durch ein eigenes Auto gewährleistet werden kann. In der aktuellen Untersuchung war dies aufgrund des relativ geringen Durchschnittsalters noch nicht als Problem präsent, was sich aber in Zukunft durchaus ändern könnte.
Das Freizeitangebot beschränkt sich in den meisten Stadtteilen auf ehrenamtliche Vereinstätigkeiten und Dorffeste. Eine Ausnahme bildet der Stadtteil Wehrda, welcher zahlreiche Freizeitangebote besitzt. Die höchste allgemeine Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot lässt sich mit 2,1 sich in Wehrda-Süd finden, wieder gefolgt von dem kleinsten Stadtteil Dilschhausen mit 2,6. Die niedrigste Zufriedenheit mit dem Freizeitangebot findet sich, wie bereits bei der allgemeinen Zufriedenheit, in den Stadtteilen Dagobertshausen (4,5) und Wehrshausen (4,0). Auch die Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen ist in Dilschhausen am höchsten, gefolgt von den ebenfalls ziemlich kleinen Stadtteilen Ronhausen und Bortshausen. In Wehrda liegt die Teilnahme dagegen relativ gering, was wohl an dem städtischen Charakter des Stadtteils liegen mag.
Wichtige Themen stellen weiterhin sozialer Zusammenhalt, bürgerschaftliches Engagement und Nachbarschaftshilfe dar. Ein stark ausgeprägter sozialer Zusammenhalt geht oft mit einer größeren Bereitschaft, sich zu engagieren und Nachbarschaftshilfe zu leisten einher. Die Teilnahme an örtlichen Veranstaltungen und Aktivitäten lässt Rückschlüsse darauf zu, wie stark ein Verbundenheitsgefühl mit dem Ort und seinen Bewohner vorhanden ist. In der Befragung fiel dabei ein Unterschied zwischen kleineren, ländlich geprägten Stadtteilen und größeren, eher städtischen auf. Während die kleineren Orte (Bortshausen, Ronhausen, Dilschhausen) sich mit einer Ausnahme durch häufige oder ständige Teilnahme eines großen Anteils der Bevölkerung an örtlichen Veranstaltungen auszeichnen, zeigte sich bei den größeren Stadtteilen (Wehrda, Moischt, Gisselberg) ein gegenteiliges Bild. Dort nehmen die Bewohner „nie“ oder nur „selten“ an örtlichen Veranstaltungen teil. Dies kann damit zusammenhängen, dass letztere durch ihr vielfältigeres Angebot mehr ‚Zerstreuungsmöglichkeiten‘ bieten, sodass Veranstaltungen weniger ortsübergreifend stattfinden. In den kleineren Orten findet dies konzentrierter statt. Gleichzeitig stärkt die überschaubare Einwohneranzahl den sozialen Zusammenhalt. Typische Aussagen wie „Man kennt sich gegenseitig“ und „Es fällt auf, wenn der Nachbar zwei Tage nicht zu Hause ist“ sprechen für ein ländliches und intaktes Sozialgefüge. Insgesamt war die Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren, vor allem in den Bereichen der klassischen Nachbarschaftshilfe wie Hausbesuche, Pflege und Betreuung, Einkaufshilfe, Versorgung der Haustiere etc. sowie der Kultur- und Freizeitgestaltung wie Mitwirkung bei Sportangeboten, Organisation von Veranstaltungen, Musikunterricht vorhanden. Weiterhin wurden Fahr- und Transportdienste sowie Informationsvermittlung (etwa Fachvorträge und rechtliche Beratung) als mögliche Angebote aus der Bevölkerung genannt. Eine Erkenntnis der Erhebung ist dabei, dass häufig noch Potenziale vorhanden sind, die genutzt werden sollten. So ist ca. ein Drittel der Befragten in Dagobertshausen noch nicht ehrenamtlich engagiert, zieht es aber laut eigener Aussage in Erwägung.
Die Bedeutung des freiwilligen Engagements und des sozialen Zusammenhalts lässt sich daran ermessen, dass die Bewohner von Orten mit schlecht ausgebauter Versorgungsinfrastruktur (Schulnoten: 2,5-3,4) ähnlich zufrieden mit ihrer Lebenssituation waren wie jene der gut versorgten (Wehrda: 2,1), wenn eine starke Dorfgemeinschaft vorhanden war. Dabei fielen die Stadtteile mittlerer Größe (Dagobertshausen, Wehrshausen) durch relativ niedrige Zufriedenheitswerte (Noten: 4,5 und 4,0) auf. Dort fällt der Zusammenhalt aufgrund der höheren Einwohneranzahl zunehmend schwierig, gleichzeitig sind die Versorgungsmöglichkeiten noch verbesserungsbedürftig. In einigen Stadtteilen (Dagobertshausen, Wehrda) zeigte sich zudem eine Zersplitterung des Ortes, wie z.B. des alten Ortskerns im Kontrast zu neueren, wenig integrierten Randlagen (Neubaugebiete) oder die Fokussierung ausschließlich auf den eigenen Straßenzug. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und damit auch die Bereitschaft zur gegenseitigen Hilfe erstrecken sich somit dort nicht auf den ganzen Ort, was einen Nachteil für die abgegrenzten Gebiete darstellt. Informationen über die örtlichen Angebote und Veranstaltungen gehen dabei oft verloren.
Da der soziale Austausch unabdingbar für die Stärkung des Zusammenhalts ist, ist ein Angebot an zentralen Treffpunkten und gemeinsamen Veranstaltungen notwendig, um die Gemeinschaft zu stärken. Nachwuchsprobleme in den örtlichen Vereinen, die vermehrt berichtet wurden, sind daher

eine besorgniserregende Entwicklung. Mehrzweckräume oder ein Bürgerhaus bieten die Möglichkeit zum Austausch und können gleichzeitig als Orte für die Informationsweitergabe und Vernetzung dienen.

Fazit

Die allgemeine Infrastruktur wird in den untersuchten Stadtteilen zum jetzigen Zeitpunkt als ausreichend wahrgenommen, was mit der räumlichen Nähe zum Oberzentrum Marburg sowie dessen Stadtteilen Wehrda und Cappel einhergeht. Dabei gibt es zwischen den städtisch und ländlich geprägten sowie stadtnah- und –fernen Orten gewisse Kontraste. Dennoch wird die Nah- und Gesundheitsversorgung als zufriedenstellend wahrgenommen, was in erster Linie an der Möglichkeit zum Erreichen der Versorgungsangebote liegt. Erst an wenigen Stellen sind Tendenzen einer schwächeren Versorgungslage auszumachen, die sich jedoch erst in den nächsten Jahren zeigen werden, wenn die Bewohner in ihrer Mobilität eingeschränkter und auf Hilfe angewiesen sind.

Besonders wichtig für das Gemeinschaftswesen ist das Engagement in Politik, Vereinen und Interessensgruppen. Schon seit Jahrzehnten gibt es in den Stadtteilen vielfältige Modelle des ehrenamtlichen und freiwilligen Engagements. Besonders wichtig hierbei sind kirchliches Engagement, das Vereinswesen, die Mitarbeit in Wohlfahrtsverbänden und das politische Engagement im Ortsbeirat oder als Ortsvorsteher. Interessant sind auch die neuen Modelle der Nachbarschafts- und Bürgerhilfen, die sich zum Teil nach vorherigen Befragungen älterer Menschen in den Stadtteilen als auch zu Organisationszwecken eines großen Stadtteilfestes gegründet haben. Hierbei entsteht die Chance, dass die neuen Netzwerke in Ergänzung mit den bestehenden zusammenarbeiten. Das Ehrenamt und besonders das freiwillige Engagement bieten ein großes Potenzial, um zum einen dem demographischen Wandel entgegenzuwirken und zum anderen das gesellschaftliche Leben in den Stadtteilen erheblich aufzuwerten.

Wie in der Befragung erkenntlich wurde, gibt es genügend Bürger, die sich engagieren wollen. Leider wird nur ein geringer Teil dieser Engagementbereitschaft abgeschöpft. Probleme liegen vor allem in der Organisation und Koordination der unterschiedlichen Angebote und Möglichkeiten. Aufgabe der jeweiligen öffentlichen Stellen ist es, Angebot und Nachfrage in jedem einzelnen Stadtteil zu erfassen und dann passgenaue Organisationsstrukturen zu erarbeiten. Ein besonderer Fokus sollte auf die Mobilität gelegt werden, denn mit ihr steht und fällt die Zufriedenheit der Bewohner und ihrer Versorgung in den Stadtteilen. Als Herausforderung für die Zukunft ist vor allem das Zusammenarbeiten von Profis und Laien unter der Mitwirkung von kommunalen Stellen zu sehen. Nur eine geordnete Organisationsstruktur kann die bestehenden Einrichtungen, die vorhandenen Möglichkeiten und das große Engagementpotenzial ausschöpfen und daraus den größtmöglichen Nutzen für alle Beteiligten ziehen.

Dipl.-Geogr. Florian Warburg, korresp. Mitglied der HAL, Arbeitsgruppe Regionalforschung und –politik Fachbereich Geographie, Philipps-Universität Marburg, Deutschhausstraße 10, 35037 Marburg, E-Mail: florian.warburg@geo.uni-marburg.de

Dr. Petra Engel, korresp. Mitglied der HAL, Stabsstelle Altenplanung der Stadt Marburg, Am Grün 16, 35037 Marburg, E-Mail: petra.engel@marburg-stadt.de

***

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum
Akademievorstand
Vorsitzender: Prof. Dr. Siegfried Bauer
Universität Gießen, Senckenbergstr. 3, 35390 Gießen
Tel. 0641 - 99 37310,
Internet: siegfried.bauer@uni-giessen.de
www.uni-giessen.de/Regionalplan
Geschäftsstelle
Poststraße 40, 34385 Bad Karlshafen
Tel.: 05672-9224290, Fax: 05672-9224291
E-Mail: hessischeakademie@t-online.de
Internet: http://www.hessische-akademie.de
Redaktionsauschuss
Harald Schmidt, Redaktionsleitung
Florian Warburg, stellvertretende Leitung
Prof. Dr.- Ing. Heinrich Klose
Peter Reuting
Roswitha Rüschendorf
Engelbert Thielemann
Norbert Zimmermann
Druck
Hessisches Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation, Schaperstraße 16, 65195 Wiesbaden

Auflage 500 Stück

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe im März ist der 01.01.2014

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung und Information des Autors, nicht unbedingt der Redaktion und des Herausgebers wieder.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, Vervielfältigungen, sowie Verarbeitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.